

Klimaschutz

Von 2015 an zahlt das Finanzamt für die neue Heizung

Wer Dach, Fenster, Wand oder Technik seines Hauses sanieren möchte, kann sich freuen: Ab dem nächsten Jahr beteiligt sich der Staat. Heute entscheidet die Regierung.

03.12.2014, von [Andreas Mihm](#), Berlin



© dpa Fünf Jahre möchte der Staat die Sanierung der Haustechnik unterstützen. Eine neue Heizung kann sich klima-positiv auswirken

Bauherren, die eine Sanierung von Dach, Fenstern, Hauswand oder Haustechnik planen, wird es freuen: Vom nächsten Jahr an beteiligt sich der Staat an den Kosten. Das will das Bundeskabinett an diesem Mittwoch beschließen. Im „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 der Bundesregierung“ heißt es dazu: „Steuerliche Förderung von energetischen Sanierungen (Treibhausgasreduktion: 2,1 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent)“.



[Autor: Andreas Mihm, Wirtschaftskorrespondent in Berlin.](#) Folgen:

Unklar waren bis zum Schluss allerdings noch Details der Finanzierung für diese „Förderung energetisch anspruchsvoller Gebäudesanierungen“. Die Förderung beginnt 2015 und wird 2020 enden. „Zur Umsetzung wird die Bundesregierung kurzfristig Gespräche mit den Ländern führen, mit dem Ziel, spätestens Ende Februar 2015 eine finale Entscheidung zu treffen“, heißt es dazu im ebenfalls am Mittwoch zu verabschiedenden „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“.

Nach dem letzten Stand liefe es auf Folgendes hinaus: Bauherren sollen ein Zehntel der förderfähigen Kosten von ihrer Steuerschuld abziehen können. Das allerdings verteilt über 10 Jahre. Ein Hausbesitzer, der 2015 für 10 000 Euro eine neue Heizanlage einbaut, könnte also ab 2016 zehn Jahre lang jedes Jahr 100 Euro Steuern zurückbekommen.

Mehr zum Thema

- [Bleiben Handwerkerrechnungen absetzbar?](#)
- [Wirtschaft verpflichtet sich zum „freiwilligen“ Energiesparen](#)

- [+++ Klimaticker November +++ Tiefstapler, Gletscherkollaps, Sex-and-Klima](#)

Diese 10-Prozent-Lösung unterscheidet sich erheblich von der, die in der vorigen Wahlperiode im Gespräch war. Dort ging es um eine Förderung der gesamten Investitionen. Während damals zunächst 10 Jahre lang je 10 Prozent der Investition von der Steuer abgeschrieben werden sollten, wären es nach dem neuen Plan 10 Jahre lang jeweils nur noch 1 Prozent. Auf dieses niedrigere Niveau hatte man sich allerdings 2013 schon im Vermittlungsverfahren von Bundesrat und Bundestag geeinigt, auch wenn das nicht zu einem Gesetz führte. Dazu dürfte es nun aber kommen.



© Deutsche Welle Musterdorf Wildpoldsried: Klimaschutz im Süden Deutschlands

Die erwarteten Steuerausfälle - 100 Millionen Euro im Jahr aufwachsend bis 2019 und so 5 Milliarden Euro insgesamt - sollen durch die Kürzung des Handwerkerbonus gegenfinanziert werden. Geklärt werden soll das am 11. Dezember, wenn die Kanzlerin die Ministerpräsidenten trifft. Im Gespräch ist, wie von dieser Zeitung berichtet, dass Handwerkerrechnungen nur steuerlich angerechnet werden, wenn die Arbeitskosten mindestens 300 Euro betragen. Es bliebe bei der Höchstgrenze 1200 Euro.

Fixe Rechner stellen ganz andere Fragen nach der Wirtschaftlichkeit - unabhängig davon, dass mit 5 Milliarden Euro Steuersubvention 5 Milliarden Euro Investitionen angeschoben werden sollen. Warum sollten Bund und Länder 5 Milliarden Euro in die Hand nehmen, um damit bis 2020 2,1 Millionen Tonnen CO₂ zu sparen, wenn man die gleiche Menge Treibhausgase an der Strombörse zu aktuellen Preisen von 15 Millionen Euro erwerben und stilllegen könnte?

Quelle: F.A.Z.

Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/staat-beteiligt-sich-ab-2015-an-der-haussenierung-13298948.html>